



April 2011

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Auch im Jahr 2011 werden wir euch mit dem „Roten Landkreisbrief“ kurz und knapp über unsere Aktivitäten pro Quartal informieren.

Aus dem SPD-Unterbezirk Nienburg

Energiewende jetzt – Atomkraftwerke abschalten!

Der SPD-Unterbezirk hat sich dem Nienburger Anti-Atombündnis angeschlossen. Dieses Bündnis mahnt, informiert und protestiert gegen das Vergessen – für eine Zukunft ohne Atomenergie. Bis Ostern finden jeden Montag (18.00-18.30 Uhr) Mahnwachen am Bürgermeister-Stahn-Wall in Nienburg statt. Am Ostermontag, 25. April 2011, wird anlässlich des 25. Jahrestages der Tschernobyl-Katastrophe bundesweit demonstriert, auch vor dem AKW Grohnde (Hameln) ganz in unserer Nähe. Zu dieser Kundgebung wird ein Bus eingesetzt, nähere Informationen fügen wir bei. (cr)

Kreis-SPD spendet an Kindertafel - Landratskandidat Detlev Kohlmeier begleitet Delegation

Freude stellte sich bei der Nienburger Tafel ein, als der SPD-Unterbezirk Nienburg und der heimische Landtagsabgeordnete Grant Hendrik Tonne eine Spende an die Geschäftsführerin Beate Kiel überreichten. Der Betrag wurde durch den Verkauf von Kaffee und Kuchen am Tag der offenen Tür der Kreis-SPD erzielt und soll der Kindertafel zu Gute kommen. Landratskandidat Detlev Kohlmeier begleitete die Delegation, um sich über die Arbeit der Nienburger Tafel vor Ort zu informieren. Eindrucksvoll beschrieb Beate Kiehl die Aufgaben der Einrichtung, die nur durch den großen Einsatz ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer zu bewältigen ist. Insgesamt 4000-4500 hilfebedürftige Menschen versorgt die Nienburger Tafel. Neu bei der Nienburger Tafel ist das Projekt „Lernschritte“. Ehrenamtliche Lehrkräfte bieten 15 Grundschulern dreimal in der Woche nach dem Unterricht Hausaufgabenhilfe. Fördern und Fordern heißt das Konzept und ein Mittagessen gehört auch zum Programm.(cr)

SPD fordert Abschaffung der räumlichen Beschränkung von Asylsuchenden und Geduldeten

Für die SPD im Landkreis Nienburg steht eine menschliche, rationale und soziale Ausländerpolitik im Fokus ihrer Arbeit. Die Residenzpflicht beinhaltet eine räumliche Beschränkung des Aufenthalts von Asylsuchenden und Geduldeten. Asylsuchende und Geduldete dürfen das ihnen zugewiesene Territorium, nicht ohne die Erlaubnis der Ausländerbehörde verlassen. Bei Zuwiderhandlung drohen entsprechende Strafen. Nach Ansicht der SPD schränkt sie die Bewegungsfreiheit von Asylbewerbern massiv ein. Die Regelung wurde mit Inkrafttreten des Asylverfahrensgesetzes 1982 eingeführt. Der ursprüngliche Grund für die Residenzpflicht war es, Flüchtlinge zur Ausreise zu bewegen und auch Deutschland als Flüchtlingsland möglichst unattraktiv zu machen. Der Unterbezirk Nienburg fordert diese Residenzpflicht abzuschaffen. Ein entsprechender Antrag soll beim Unterbezirksparteitag beschlossen werden, und an die Landtags- und Bundestagsfraktion weitergeleitet zu werden. Grund für den Antrag ist vor Allem die Frage, wie man mit in

Deutschland lebenden Mitmenschen umgehen möchte. Die Residenzpflicht ist grundlegend als unnötig anzusehen, da sie nicht mehr für die Erreichbarkeit von Flüchtlingen und Asylsuchenden benötigt wird, noch beschleunigt sie den Asylantrag, oder beugt dem Missbrauch von Sozialleistungen vor.

100ster Weltfrauentag

Nach 100 Jahren darf durchaus mal ein Fazit gezogen werden. Nachdem im 3. Reich der Frauentag verboten wurde ist er erst Mitte der 60er Jahre im Westen wiederbelebt worden. Die Forderungen der Frauen sind den ursprünglichen sehr nahe. Erreicht wurde das Gleichstellungsgesetz ebenso wie das Wahlrecht. Aber ein Gleichstellungsgesetz zu haben bedeutet leider in der Praxis nicht gleich die Gleichberechtigung. So liegen die Einkommen der Frauen heute immer noch 20-30% unter den Einkommen der Männer. Daraus resultiert dann auch eine größere Altersarmut bei Frauen. Im oberen Management gibt es nur ca. 10% Frauen. Und unsere Kanzlerin stellt sich hin und ist gegen gesetzliche Frauenquoten, nur 14 Tage später fordert sie jedoch die Wirtschaft auf mehr Frauen in Führungspositionen zu holen. Welch ein Hohn. Einiges wurde geschafft und bewegt, dennoch brauchen die Männer den Druck von Frauen um Macht an diese abzugeben. Da die männlichen Strukturen aber sehr gefestigt sind schafft dies nur eine gut organisierte Frauenbewegung, mit Frauen, die aufhören den Machtstrukturen der Männer zuzuarbeiten. Natürlich gibt es auch Männer die Frauen fördern und keine Probleme damit haben sie als Führungskräfte einzusetzen. Aber für alle anderen gilt, dass sie den Druck brauchen um abzugeben. Also Frauen, wir sind noch nicht am Ziel! (aa)

Aus der SPD-Kreistagsfraktion

Tierschutz nachhaltig fördern und unterstützen

SPD-Kreistagsfraktion im Gespräch mit Nienburger Tierheimen

„Tierschutz hat in der Politik keine Lobby“ diese Klage (Die Harke berichtete) war Anlass für die SPD-Kreistagsfraktion in den Tierheimen Drakenburger Heide und Schessinghausen zu fragen, wo der Schuh drückt. Besonders die wachsende Zahl der Fundkatzen bereitet Sorgen. Dies kann zu Platzmangel führen und hat gravierende Folgen für die Kosten: die tierärztliche Versorgung: Erstuntersuchung und Impfen und außerdem: Fundkatzen werden grundsätzlich kastriert, das schlägt eben hoch zu Buche. Ein Problem, das den Tierschutz auch andersorts zunehmend belastet. „Kastration zum Schutz der Katzen“ mit diesem Motto hat Paderborn auf Initiative der dortigen SPD-Fraktion 2008 gezielt Maßnahmen gestartet, um der rasant zunehmenden Population von freilaufenden Katzen zu begegnen. Dieses Modell macht mittlerweile Schule: andere Städte ziehen nach. Auch die SPD-Bundestagsfraktion ist zu diesem Thema aktiv geworden. „Es ist beeindruckend, mit welchem Engagement die Tierheime betrieben werden. Dort wird Herzblut investiert, um den Tieren eine würdige Bleibe zu geben. Die kommunale Ebene muss prüfen, ob weitere Unterstützung möglich ist.“, so Ernst Brunschön, Fraktionsvorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion. „Wir haben interessiert auf die Erfahrungen anderer Städte geschaut und nun ist es daran auch im Landkreis Nienburg zu handeln und die Lebensbedingungen der Katzen zu verbessern“, meint MdL Grant Hendrik Tonne. (bm)

Belange behinderter Menschen Thema der SPD-Kreistagsfraktion

Soziales Umdenken und geeignete Rahmenbedingungen sind gefordert

Helmut Ebeling, Vorsitzender des Behindertenbeirats berichtete in der Fraktion über die vielfältigen Aufgaben des Beirats im Landkreis Nienburg/Weser. Seit knapp zwei Jahren besteht das Gremium, dessen Gründung von der SPD beantragt worden war. Ganz oben auf der Tagesordnung steht seit Monaten das Thema „Inklusion“. Hintergrund ist die seit 2009 auch für Deutschland gültige UN-Behindertenrechtskonvention. Sie fordert Chancengleichheit in allen Lebensbereichen auch in der Bildung. „Die gemeinsame

Beschulung wird soziales Umdenken und neue Konzepte erfordern und braucht dazu politischen wie auch finanziellen Rückhalt.“ ist die Überzeugung der SPD-Kreistagsfraktion. Auf Landesebene, so MdL Grant Hendrik Tonne, hat die SPD bereits in einem Entschließungsantrag gefordert, dass ein Aktionsprogramm die Umsetzung der UN-Konvention wirksam flankiert. „Inklusion kann nicht per Gesetz vorgeschrieben werden, vielmehr ist das Land gefordert, die Rahmenbedingungen wie Ausbildung der Lehrkräfte, Ausstattung der Schulen und pädagogische Ausrichtung des Unterrichts anzupassen.“, fordert Tonne.“ Mit der Inklusion stehen wir im Landkreis Nienburg erst am Anfang. Helmut Ebelings Ausführungen in der Fraktion machten deutlich, wie sehr wir zu diesem Thema auf die Beratung des Beirates angewiesen sind.“, fasst Fraktionsvorsitzender Ernst Brunschön zusammen. (bm)

SPD-Kreistagsfraktion besucht Jugendhilfeeinrichtung „Güldene Sonne“ Prävention in der Jugendhilfe muss Schwerpunkt bleiben

Verwahrlosung, Traumatisierung, Essstörungen, Fremd- und Eigengefährdung, Suizidgefährdung, Schulphobie und verschiedene andere Persönlichkeitsstörungen, das sind Gründe, die zur Aufnahme von Kindern und Jugendlichen in die Jugendhilfeeinrichtung „Die Güldene Sonne“, Rehburg, führen. In Wohngruppen Betreutem Wohnen ist das Ziel der pädagogisch therapeutischen Mitarbeiter/innen, Betroffene wieder in die Familie zurückzuführen oder aber eine Verselbständigung und Ablösung zu erreichen. Zur Nachfragesituation: 2010 gab es 40 Inobhutnahmen und 63 Anträge auf vollstationäre Aufnahme, hier kommen die Anfragen kommen von überall, d.h. die Einrichtung ist nicht auf den Landkreis beschränkt. Wesentlich sei für die „Güldene Sonne“, erklärte Leiter Klaus Nagel, dass alle therapeutischen Leistungen der Einrichtung von den Beschäftigten erbracht und nicht extern „eingekauft werden“, daher werde besonderer Wert auf kontinuierliche fachliche Fortbildung gelegt. Und: die Einrichtung bietet auch Plätze für das „Freiwillige soziale Jahr“ an. „Das komplexe und ganzheitliche Angebot und die räumliche Umsetzung sind beeindruckend“, fasst Fraktionsvorsitzender Ernst Brunschön zusammen. „Erschreckend ist allerdings die nicht abnehmende Nachfrage dieser Jugendhilfeleistungen. Deutlich wird einmal mehr, dass Prävention im Bereich Kinder, Jugend und Familie großgeschrieben bleibt, um dieser Entwicklung entgegen zu wirken.“ (bm)

Termine

| | | |
|------------|-----------|--|
| 09.04.2011 | 9.30 Uhr | Unterbezirksparteitag in Liebenau, Hotel Schweizerlust |
| 14.05.2011 | 10.00 Uhr | Kreiswahlelegiertenkonferenz (Aufstellung der Kreistags-Kandidaten) in Liebenau, Hotel Schweizerlust |

Frohe Ostern wünschen euch

Elke Tonne-Jork, Unterbezirksvorsitzende
und das Redaktionsteam

SPD-Unterbezirk Nienburg
Georgstraße 28
31582 Nienburg
www.spd-landkreis-nienburg.de

Tel. 05021.3738
Fax 05021.14564
E-Mail: nienburg@spd.de